

Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“

Pressemitteilung – Atomwaffenverbotsvertrag ein Jahr in Kraft

Der Atomwaffenverbotsvertrag trat am 22.01.2021 in Kraft.

Die Bundesregierung hat jedoch nicht mitunterzeichnet!!!!.

Atomkriegsgefahr und Klimakrise bedrohen die Menschheit

122 Nationen haben den Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) am 07. Juli 2020 in der UNO beschlossen. 86 Staaten haben ihn unterzeichnet. Darunter Österreich, Staaten Afrikas, Nationen Lateinamerikas und Südostasiens, am 22. Januar 2021 ist der Vertrag in Kraft getreten. Deutschland hat den Vertrag nicht mitunterzeichnet.

Vor wenigen Tagen haben sich die fünf UN-Vetomächte (USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien) in einer gemeinsamen Erklärung gegen die weitere Verbreitung von Atomwaffen ausgesprochen. Ein Atomkrieg könne nie gewonnen und dürfe nie geführt werden. Sie beziehen sich dabei auf den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1968, dem sog. „Atomwaffensperrvertrag“, der in diesem Monat – wie alle fünf Jahre – überprüft wird. Wirksame Schritte, für eine nukleare Abrüstung, über die nach dem Vertrag verhandelt werden muss, wurden – wie auch in den vergangenen Jahren – nicht unternommen. Die fünf Atommächte ignorieren auch, dass seit einem Jahr der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft ist, der die Entwicklung, Herstellung, Besitz und Lagerung sowie den Einsatz von Atomwaffen völkerrechtlich verbindlich verbietet. Über 50 Staaten sind diesem Vertrag inzwischen beigetreten.

Deutschland hat die Verhandlungen, ebenso wie die anderen Staaten der NATO, boykottiert.

Die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 06. und 09. August 1945 mit mehr als 200.000 Toten und die zahlreichen Atomwaffentests haben zu einem Massensterben und zu radioaktiven Verseuchungen geführt, dass die Folgen noch heute andauern. Die nukleare Hochrüstung und die Abschreckungspolitik sind – ebenso wie die Klimakatastrophe und die Biodiversitätskrise – eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit.

Deutschland hat den Atomwaffenverbotsvertrag nicht unterzeichnet. Im Gegenteil, auf dem Luftwaffenstützpunkt der Bundeswehr in Büchel bei Koblenz lagern im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO immer noch 20 US-amerikanische Atomsprengköpfe. Jeder einzelne hat eine dreizehnfache Sprengkraft der Hiroshima Bombe.

Die in Deutschland gelagerten Atomwaffen werden in absehbarer Zeit modernisiert. Neue Kampfflugzeuge werden als Trägersysteme angeschafft. Die Rüstungsausgaben sollen auf jährlich über 50 Milliarden Euro erhöht werden. Die Ausgaben für Rüstung nehmen der Gesundheitsversorgung, der Bildung und anderen sozialen Diensten Gelder weg. So wird das deutsch-französische-spanische Luftwaffenprojekt (FCAS) bis 2050 mindestens 500 Milliarden Euro kosten. Der Hunger in der Welt könnte bis 2030 mit 221 Milliarden Euro jährlich beseitigt werden. Oder ein weiteres Beispiel: Ein Eurofighter verbraucht ca.70-100 Liter Kerosin pro Minute. Allein auf der Air-Base Ramstein werden jährlich 30.000 Starts und Landungen durchgeführt, dadurch werden 1,35 Milliarden Kubikmeter klimaschädliche Abgase freigesetzt.

Das alles steht im Widerspruch zu den lokalen, überregionalen bundes- und europaweiten Klimaaktionsplänen. Im Pariser Klimaabkommen und im Klimabericht der Bundesregierung kommt die Zerstörung der Umwelt durch das Militär nicht vor.

Die Internationale Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN), ein Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen (NGO's) ist die wichtigste zivilgesellschaftliche Organisation, die für einen starken Atomwaffenverbotsvertrag eintreten. Bereits im Februar 2019 hat sich die Marburger Stadtverordnetenversammlung dem ICAN-Städteappell für eine atomwaffenfreie Welt angeschlossen und den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag gefordert.

Die Universitätsstadt Marburg ist Mitglied in dem weltweiten Städtenetzwerk Mayors for Peace, das 1982 auf Initiative des Bürgermeisters von Hiroshima gegründet wurde. Die weltweite Organisation setzt sich für atomare Abrüstung ein. Marburg beteiligt sich mit dem jährlichen Hissen der Flagge am 08. Juli, um ein sichtbares Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen zu setzen.

Das Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“ fordert die neue Bundesregierung auf, jetzt die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags einzuleiten. Das Militär muss als „Klimakiller“ deklariert werden. Hierfür ist die Unterstützung durch Aktionen aus der Zivilgesellschaft unerlässlich. Auch der interfraktionelle Parlamentskreis im Bundestag zum „Atomwaffenverbot“ unter Beteiligung der Fraktionen CDU/CSU, SPD, Grünen und Linken brauchen die Unterstützung der Zivilgesellschaft.

Das Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“ klärt durch Vorträge, Mahnwachen und Unterschriftenaktionen darüber auf, wie wichtig im Zusammenhang mit Abrüstung eine diplomatische Friedenspolitik ist.

Kontakt: info@antikriegsbuendnismarburg.de

Weitere Aktionen sind geplant z.B. am Samstag, 12.02. 2022 zum Internationalen Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten (Red Hand Day).